Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 50 (1956)
Heft: 4

Rubrik: Schweizerisches

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Atmosphäre, da der Kalte Krieg bis zum Verbrechen, grober Dummheit, unverständlicher Leichtfertigkeit mitgemacht wird, einen frischen Luftzug. Wir gewinnen klare und uns innerlich festigende Gesichtspunkte diesem ganzen dunkeln Geschehen gegenüber, die uns unsere Lage in weiterem und in wesentlicherem Lichte zeigt.

Das aber verhilft mit der Zeit auch aus der «klassischen Verwirrung» dem Marxismus gegenüber heraus. Wo Gott uns umkehren heißt ob unserer Schuld, geschieht es ja nicht ins Blaue hinein. Da ruft er uns für die bestimmte Aufgabe, die unsere Zeit uns stellt. Hier und jetzt ist es der Marxismus. Wir können uns drehen, wie wir wollen, wir kommen als Christen nicht darum herum, uns offen und ohne Vorurteile mit ihm auseinanderzusetzen. Gott mutet es uns einfach zu, zu hören, was er uns durch den Marxismus sagen will. Das bedeutet nicht, ihn als Weltanschauung abzulehnen oder anzunehmen. Wohl aber mit ihm zu leben, das von ihm zu lernen, was uns fehlt, ihm das zu bringen, woran er zu seinem Besten fände. Wir können nicht tun, als existiere er nicht. Daß das geschieht, ist bei uns zur alten, unvergebenen Schuld die neue. Das ist Kalter Krieg des – Christen!

Magdalene Hager

SCHWEIZERISCHES

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die beiden neuen Volksinitiativen (sogenannte zweite Chevallier-Initiative)

Als Sozialisten, die zum Teil der SPS angehören, zum Teil um des Sozialismus und des Friedenskampfes willen die Zugehörigkeit zu dieser Partei nicht für möglich halten, haben wir mit einiger Spannung auf die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu den beiden neuen Volksinitiativen gewartet. Es ist ja deutlich (wie immer man die Tragweite der Initiativen im übrigen beurteilen mag), daß diese Initiativen das Schweizervolk zu einer Stellungnahme in einer fundamentalen Frage seiner weiteren materiellen und geistigen Existenz aufrufen und den Anfang zu einer absolut notwendigen *Neubesinnung* und *Neuorientierung* der schweizerischen Politik angesichts der heutigen Weltlage bilden können. Denn es gibt in der Schweiz nicht nur ein «Malaise» um die Führung der militärischen Dinge, sondern glücklicherweise noch viel mehr Nachdenken im Volke über den Sinn oder Unsinn der militärischen Verteidigung überhaupt. Das Schweizervolk ist mit Recht stutzig gegenüber den «schweizerischen» Vorbereitungen auf den «totalen Krieg», welche die herrschenden Kreise in Regierung,

Militär und Wirtschaft mit allen Mitteln fördern und durchsetzen wollen. Dabei zeigen sich bei allen Maßnahmen und Vorschlägen für die militärische Verteidigung eine große Ratlosigkeit und ein lächerlicher Aberglaube, der dem Volk immer noch vortäuschen soll, daß auf dem Wege weiterer Rüstungsvermehrung doch noch Gewähr für eine wirksame militärische Verteidigung und einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung geboten werden könne.

Daß das in Wahrheit nicht der Fall ist und daß die größten Militärmächte unserer Zeit ihren Völkern keine wirkliche Sicherheit, keinen Schutz, keine Verteidigung, sondern nur die mit dem «Feinde» geteilte gegenseitige Vernichtung zu bieten haben, macht leider diesen Instanzen anscheinend immer noch kein Kopfzerbrechen.

Zu den Initiativen selbst werden wir uns in einer der nächsten Nummern der «Neuen Wege» weiter äußern.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat mit seiner Stellungnahme gezeigt, daß ihm, wie den meisten sozialdemokratischen Parteien des Kontinents, die schon seit Jahrzehnten zu beobachtende Halbheit und Zwiespältigkeit in der Stellungnahme zu den eigentlichen Existenzfragen des Volkes eignet. Diese Halbheit und Zwiespältigkeit führen in concreto immer zur Unterstützung derjenigen Mächte, die man zu bekämpfen vorgibt und die die Völker ins Verderben stürzen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand weiß sehr wohl, daß auch eine bis zum Exzeß hochgetriebene militärische Rüstung der Schweiz keine wirkliche «Landesverteidigung» mehr verbürgt. Aber er bewegt sich mit seiner «Konzeption», von der in der sozialdemokratischen Presse immer geredet wird und mit der er seinen Gegnern im Militärdepartement gegenüber operiert, in der gleichen *Ausweglosigkeit*, in der sich in der heutigen Lage alle militärischen sogenannten Konzeptionen befinden.

Die «Verteidigung unseres Landes durch eine gutausgerüstete und gutausgebildete Armee» ist ja nun eben das Fragwürdigste vom Fragwürdigen gegenüber den Zusammenhängen des totalen Krieges. Wie kann man vorgeben, daß man mit einer Stellungnahme «gegen überbordende finanzielle Aufwendungen für die militärische Verteidigung unseres Landes» oder für «sparsamste Verwendung der Bundesgelder» dem Schweizervolk und der schweizerischen Arbeiterschaft schon eine wirkliche Position in dieser Sache geboten habe? Vor Jahren redete man von dreihundert Millionen Franken für das ordentliche Militärbudget. Der Bundesrat selbst hielt offiziell die Fünfhundertmillionengrenze für nicht überschreitbar, und heute paßt dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei diese durch die Initiative gesetzte Grenze schon nicht mehr. Kann man etwas anderes behaupten, als daß sie dem Zug für «überbordende finanzielle Aufwendungen» in bezug auf die militärische Verteidigung auch folgt oder halbwegs nachgibt?

Wir haben uns gefreut, daß immerhin schon im Parteivorstand

sechzehn Stimmen (also ein Drittel) sich für die Unterstützung der Initiativen und gegen die merkwürdige «Konzeption» ihrer Partei ausgesprochen haben. Und wir hoffen, daß das Parteivolk selbst sich nicht mit den Beruhigungspillen des Parteivorstandes zufriedengeben, sondern auf eine wirkliche sozialistische Stellungnahme drängen wird, die der Weltlage und der Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft sowie aller Völker, der kleinen und der großen, allein entspricht: mit vollem Einsatz den Frieden zu schaffen, eine gültige Rechtsordnung unter den Völkern zu errichten und die Vernichtungsdrohung durch den totalen Krieg zu beseitigen. Wir hoffen vor allem, daß unsere Freunde und Genossen in dieser Sache nach ihrem Gewissen handeln werden und sich keine Vorschriften von Parteiinstanzen machen lassen.

Von den «schweren Bedenken» gegenüber den Initiativen, welche die Kundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes anführt, vermag uns keine zu überzeugen. Denn jede mögliche Rüstung eines Kleinstaates wird heute gegenüber den militärischen Voraussetzungen der internationalen Lage zu spät kommen oder absolut fragwürdig bleiben. Und warum Zuflucht nehmen zu einer solchen Ausflucht, daß die allgemeine Geldentwertung Entscheidungen nötig machen könnte, die nach einer allfälligen Annahme der Initiative zu Verfassungsverletzungen führen würden? Die zum Gesetz gewordene Initiative steht in keinem Fall einer verfassungsrechtlichen Lösung der Finanzfrage, etwa im Falle der Abwertung, im Wege.

Ähnlich verhält es sich mit dem Argument über das obligatorische Finanzreferendum. Wenn dieses für «reaktionäre Zwecke» mißbraucht werden kann, warum sollte es nicht noch viel besser zum Wohle des Volkes von einer kämpfenden sozialistischen Partei verwendet werden können?

Und schließlich, was soll es bedeuten, wenn argumentiert wird, daß die Aufhebung von Dringlichkeitsbeschlüssen im Sinne von Artikel 89bis der Bundesverfassung bei Annahme der Initiativen die Bundesversammlung außerstand setze, Sofortmaßnahmen auf dem Gebiete der militärischen Verteidigungsbereitschaft zu beschließen? Wir sind der Meinung, daß die Bundesversammlung in einer solchen Lage nicht zaubern kann, das heißt, daß sie nicht plötzlich etwas zum Einsatz militärischer oder wirtschaftlicher Art beschaffen kann, was nicht da ist, daß ihr aber an sich genügend gesetzliche Maßnahmen gegeben sind, um wirklich ernsthaften Situationen in der Weltlage zu begegnen; im übrigen berücksichtigt die Initiative den Notfall. Grundsätzlich aber bedeutete ein Schweizervolk, das die geistige und politische Situation unserer Zeit erfaßt und verarbeitet hätte und dem die entsprechenden geistigen und seelischen Qualitäten eigneten, ungeheuer viel mehr als irgendeine mögliche militärische Maßnahme. Schuldig an den erwähnten kommenden Zwangssituationen machen sich jedenfalls alle, die immer noch glauben, mit einem geteilten Einsatz für den Frieden den-

jenigen für die Drohung durch den totalen Krieg verkoppeln zu können. *Gerade das* fördert das Verhängnis des totalen Krieges und den Zwang zu solchen plötzlich zu ergreifenden Maßnahmen. Die ganze Weltsituation macht es auf alle Weise klar, daß nur ein *völliger Einsatz* für den Frieden auch für die Schweiz lebensnotwendig ist. *Alles andere ist nicht mehr real,* sondern entweder Selbsttäuschung oder gedankenloses Verharren und Festhalten an Voraussetzungen, die die Wasserstoffbombe mit dem totalen Krieg endgültig begraben haben.

Überparteiliches Rheinaukomitee

Unsern Schweizer Abonnenten legen wir zur Orientierung und Besinnung zwei Rundbriefe des überparteilichen Rheinaukomitees bei. Dieses Komitee «hat beschlossen, seinen Namen beizubehalten als Erinnerung an den ersten eindrucksvollen Aufstand des Volkes gegen die Übermacht der Technik». Es will in diesem Sinne weiterkämpfen. «Wiederum wird es ein Kampf von vielen einfachen Menschen, die für ein ideales Ziel Opfer zu bringen bereit sind, gegen die geldmächtige Elektrowirtschaft sein, welche ihre unkontrollierte Machtstellung in unserem demokratischen Staatswesen mit Recht bedroht sieht.»

«Wir richten uns . . . nicht gegen die Kraftnutzung der Wasserläufe an sich, wir bekämpfen aber den Totalitätsanspruch der Technik, die in der Ausbeutung der Natur keine Grenze einhält.»

Dieser *Rheinau-Kreis (überparteiliches Rheinaukomitee)* bittet, sich ihm anzuschließen. Präsident ist O. Hürsch, Redaktor des «Landboten», Winterthur. Die offizielle Adresse lautet: Schaffhauserstr. 37, *Neuhausen* am Rheinfall. Weitere Auskünfte sind durch diese Adresse erhältlich.

Die Redaktion

Offener Brief von 104 badisch-württembergischen Pfarrern an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Verehrte Frau Abgeordnete, verehrter Herr Abgeordneter!

Erlauben Sie uns, einigen badischen und württembergischen Pfarrern, denen das Schicksal ihrer Gemeinden auf das Gewissen gebunden ist, daß wir aus bedrücktem Herzen heraus Ihnen einige Anliegen vortragen mit der Bitte, sie ernstlich zu bedenken und auf unsere Fragen klare Antwort zu geben.

1. Wir sind je länger je mehr der Überzeugung, daß im Zeitalter der Atombomben und bei der ganzen weltpolitischen Lage die Auf-